

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboptionspreis mit der jügl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung umfasst. Bezugsschein monatlich 10 Pf. Durch die Post bezogen verrechnet. Nr. 270, unter Ausgabe für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 5. Erste Ausgabe mit Aufnahme der Sonne- und Geisterzeitung.

Redaktion: St. Zwingerstraße 14, D. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Zwingerstraße 14. Tel. 1760.
Geldabholzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfertige werden die eingepackte Zeitung mit 10 Pf. berechnet, bei dreimaliger Überholung wird Rabatt gewährt. Versandkosten 10 Pf. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgeben lassen und sind im vorraus zu beglichen. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 10.

Dresden, Freitag den 14. Januar 1910.

21. Jahrg.

Handelspolitische Verwicklungen.

Die Nachricht, daß die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten über den Abschluß eines neuen Handelsabkommen in St. Louis geglückt sind, hat die agrarischen Kreise in eine mühsame Verhandlung verlegt. Etwa leben die Deutschen im Vorgericht des von ihnen erwarteten Zollkrieges, der ausbrechen würde, falls das Handelsprotokoll, das zwischen Amerika und Deutschland besteht, und am 7. Februar abläuft, durch seinen Vertrag erledigt wird. Von den Amerikanern wird als Voraussetzung für die Einigung ihres Minimaltarif die Forderung erhoben, daß Einfuhrverbot für Schlachtwurst zu fordern. Obwohl die deutsche Regierung erklärt, daß sie nicht daran denken kann, Ausgabenabfuhr auf dem Gebiete der amerikanischen Wirtschaft auszuüben zu machen.

Selbst Monaten haben die Agrarier fortwährend die Regierung vor Konzessionen gegen Amerika gewarnt, ja ihr den sozialistischen Kampf für den Fall auch nur des geringsten Entgegensetzens angekündigt. Wie immer, hat die Regierung sich dem agrarischen Terror gefügt, ohne Rücksicht auf die Folgen, die der Ausbruch eines Zollkrieges für die große deutsche Industrie gebracht hat. Man hält den Amerikanern entgegen, daß die Zollbehandlung von Fleisch gleichmäßig gebe, wied, daß die Vereinigten Staaten darin keine Voreinschränkung ihrer Interessen erlauben können. In der Theorie ist das schön und gut, aber den Amerikanern ist es ebenso wie den deutschen Agrarier und ihrer Regierung nur zu gut bekannt, daß die einschneidenden Sparmaßnahmen gegen die Fleischsekte, durch die die Vereinigten Staaten getroffen werden, nicht, wie behauptet wird, bedürftige Maßnahmen sind, sondern willkürlich aufgetragene Wölfe, um die ausländische Konkurrenz zum zweitintensivsten Auswiderung des Heimatlandes herauszuholen. Eine Vinderung dieser Fleischsekteverbote in der verschiedensten Gestalt wäre gerade angebracht, der unerhöhte Fleischverzehr von dem deutschen Volke auch dann zu fordern, wenn gar keine Neuregelung von Handelsbeziehungen mit Amerika in Frage stände. Während die Agrarier sich anstrengen, die Differenzen, die zu einem Zollkrieg führen können, zu schützen, um dadurch noch erhöhte Kompromisse gegen die Einfuhr von Agrarprodukten zu erhalten, verhindern sie mit der Unseritorientierung, die sie von jeher ausüben, alle die, die auf eine Verhinderung dieses ungemein gefährlichen Zollkrieges hinarbeiten, als Agenten des Auslands zu verdächtigen und zu beschimpfen.

Die Befürchtungen über den Handelsverlust Deutschlands mit den Vereinigten Staaten, mit denen die agrarischen Kreise ständig auseinander, um zu beweisen, daß Amerika ein größeres Interesse an der Vermeidung eines Zollkrieges habe als Deutschland, tragen, wenn sie nur noch der absoluten Höhe gewertet werden. Eine solche Täuschung ist denn auch bedenklich. Wohl bringt die Einfuhr Amerikas nach Deutschland 1908 1282,26 Mill. Mark, während die deutsche Ausfuhr nach Amerika sich auf nur 507,5 Mill. Mark stellt. Aber was will die Rechtsinhaber behaupten, wenn man berücksichtigt, daß der überaus gebrachte Teil der amerikanischen Einfuhr in Produkten besteht, auf deren Preis aus den Vereinigten Staaten Deutschland unumgänglich angewiesen ist. Veröffentlicht sich der Wert der 1908 aus Amerika eingeführten Rohbaumwolle doch allein auf etwa 377 Millionen Mark, der Wert des eingeschütteten Rohzuckers auf etwa 182 Millionen Mark. Auch Amerika wird es gewiß nicht ganz gleichgültig sein, wie keine lösliche Einfuhr aus den deutschen Wäldern behandelt wird, aber wie müssen leider mit der Zukunft rechnen, daß Amerika zur Zeit Deutschland eingeschüttete Erzeugnisse zum wesentlichsten Teil entbehren kann, ohne daß ihm daraus nennenswerte Schädigungen oder auch nur Schwierigkeiten erwachsen würden. In einer solchen Situation ist die agrarische Hysterie zu einem Zollkrieg geradezu verbrecherisch, die Regierung, die sie ihr widerwilligst hält, handelt bodenlos unverantwortlich.

Den Befürchtungen eines Zollkrieges mit Amerika stellt sich für die deutsche Industrie die schwere Beunruhigung hinzu, die durch den neuen französischen Zolltarif hervorgerufen ist. Noch kurz vor Ende des vergangenen Jahres ist von der französischen Kammer ein neuer Zolltarif beschlossen worden, der für eine Reihe von Erzeugnissen enorm gelegerte Zollzölle vorsieht. An auswärtischen Versuchen, den neuen französischen Zolltarif, der noch der Zustimmung des Senats bedarf, um Gesetzestatut zu erhalten, als Beweis eines deutschstädtischen Vorgehens aufzugeben, hat es nicht gegeben, aber diese lächerlichen Behauptungen sollen schon dadurch in sich zusammen, daß auch die Industrie in England und Belgien gegen die Ecke des neuen französischen Tarif den entschiedenen Protest erhoben hat. Tatsächlich ergibt sich wohl zur Genüge, daß die Befürchtungen nicht als einseitige Maßnahmen gegen Deutschland gedacht sind und gelten sollen. Reichsbeschwörer wurde der neue französische Zolltarif monache der für den Export nach Frankreich arbeitenden deutschen Gewerbe zu schwer werden, doch kostet von einer Unterbindung der Ausfuhrmöglichkeit geprahnt werden kann. Besonders hart trifft der Tarif die Spielwarenindustrie; der Eingangszoll auf Spielwaren, der bis jetzt 60 Franc pro 100 Kilogramm bestand, ist auf 100 Franc erhöht; Gegenstände mit verniedelten Preisen, und wären sie noch so geringfügig, werden den Zoll für verniedigte Preiswaren beladen müssen, der zugleich von 100 Franc auf 150 Franc erhöht wird. Die so geprahnten Tarifzölle sollen bereits am 1. April in Kraft treten.

Zwischen Frankreich und Deutschland besteht ein Weißbegünstigungsttarif, der in dem Frankfurter Frieden auf „ewige Zeiten“ festgelegt ist. Dadurch steht es Deutschland an der Möglichkeit, diese Maßnahmen zur Abwehr anzuwenden. Es sind aber doch massenhafte Wege gegeben, um die Einfuhr bestimmter französischer Produkte zu erschweren. Sowohl aus der Spielwarenindustrie als aus der Maschinenbauindustrie sind gegen die Regierung die Vorwürfe erhoben worden, daß sie nicht rechtzeitig durch Vorstellung bei der französischen Regierung den schlimmsten Auswirkungen des französischen Tarif's vorzubeugen versucht hat. Nach den bisherigen Leistungen der deutschen Diplomatie ist ihr auch diese Unterlassungshandlung sehr wohl zuzutrauen, aber es darf nicht vergessen werden, daß auch die Vorstellungen der deutschen Regierung in Paris nur einen sehr bedingten Wert hätten haben können, denn die Franzosen werden genau so, wie es in Deutschland gelöst und gezeichnet, die Zollzölle als innere Fragen des Landes betrachten müssen wollen. An den Anlagen gegen den neuen französischen Zolltarif beteiligen sich auch deutsche Organe, die die lautesten Verkämper des Hochdruckzolls zu allen Zeiten gewesen sind. So gewiß es ist, daß viele der neuen Zölle des französischen Tarif's bis zur Sinnlosigkeit übertrieben sind, so steht doch den deutschen Hochdruckzöllnern das Recht der moralischen Entrüstung, denn sie haben es im eigenen Lande nicht wesentlich anders getrieben.

Leider ist es das arbeitende Volk, das die Folgen eines wahnsinnigen Hochdruckzolls am schwersten empfinden wird. Mit erdrückenden Kräften muß es deshalb nach der Erringung politischer Macht streben, um eine Regelung der Zollpolitik zu ermöglichen, die nicht dem Interessenten, sondern den Lebensinteressen der Arbeiter entspricht.

Die Beamtenmaßregelungen.

Die Besprechung der Interpellationen über die statto-weiher Maßregelungen, die am Donnerstag im Reichstag stattgefunden wurden, vollendete die Blamage der Regierung. In anerkennenswerter Weise und mit kräftigen Worten wandte sich der alte Freisinnige Schröder gegen die Maßregelungen und ließ sich durch den Umstand, daß es sich um Gegenkandidaten des Liberalismus gehandelt hat, für die die Sensationsregeln bestimmt haben, nicht in seinem Urteil beeinflussen. Durch unterschied sich Herrn Schröders Rede sehr vorteilhaft von der seines Fraktionskollegen Voermann, eines hasaristisch angehauchten Oberlehrers aus Oberschlesien, der zwar mit Rat und Arsch auch zu einer Beurteilung der Maßregelungspolitik gelangte, aber es für geschmackvoll erachtete, zuvor dem Zentrum eine Optimarkenbildung zu halten.

In kraftvoller und gehaltreicher Rede wies Genosse Südfeld um auf den Zusammenhang des statto-weiher Maßregelungen mit dem elendesten aller Wahlkämpfe hin. Bezeichnenderweise hatte in der vorigen Sitzung der Bentzgraf Oppersdorff es vermieden, auf diesen wichtigsten Punkt einzugehen. Das geht ganz in den Rahmen der zweideutigen Zentrumspolitik in der Wahlrechtsfrage. Gleich Herrn Schröder charakterisierte auch Südfeld die Täubstummen-Politik des Majors v. Bethmann, der zwar seit bei den durch Geburt und Alterswahl berufenen Gelehrtenkreis keine Visitenkarte abzugeben, aber nicht für nötig erachtet, in einer höchst wichtigen Frage dem Reichstag Rede und Antwort zu geben. Unser Fraktionsredner verzog auch nicht hervorzuheben, daß unsere Übereinstimmung mit Zentrum und Polen in dieser Frage selbstredend nicht eine Vergebung der Sünden dieser Schnapsblöckchen bedeutet.

Mit einer flüssig gestammelten Hofatlantenrede platzte der freikonservative Schulzrot Solbe das Haus, soweit es sich dieser Dual nicht durch Flucht entzog. Durch allerhand Wörter gestaltete das Mitglied der Schadfraktion Herrn Solbe seine Rede etwas anständiger, wenn auch nicht geballt voller. Der wadere Antisemit möchte die Beamtenmaßregelungen verallgemeinern und zum Staatsprinzip erheben lassen. Nur das Judentum soll den Beamten freistehen. Staatssekretär Delbrück griff noch einmal in die Debatte ein, natürlich nur, um ein erneutes Rätsel davon zu tragen. Nicht ohne Bedenken und Wirkung sprach der Polen v. Dalemowski, wenn auch sein Bericht, die Polenkönigin wegen ihrer kommenden Steuerhaltung zu reinigen, total verunglückte.

Die letzteren Nachmittagsstunde nahm man noch die Beurteilung der Zulageleiste in Angriff, sam aber nicht über eine völlig unverständliche bleibende Rede des neuen Staatssekretärs im Reichskanzleramt V. Seo hinaus, die mit einem Schlag den verlorenen Niederlage in den Ruf eines geistvollen Plauderers und wahren Demosthenes brachte.

Englische Wahldemagogie.

Von unserem Korrespondenten.

J. London, 11. Januar.

Das Ringen der beiden bürgerlichen Parteien oder vielmehr ihrer Führer um Macht und lohnende Stellungen ist jetzt auf einem Höhepunkt. Ratz ist der Kampf und hoch der Siegespreis, was Wunder, wenn beide Teile die verantwortlichen Anstrengungen machen, um ihn noch in letzter Stunde an sich zu reißen. Wer

die berüchtigte Demagogengeschick der englischen bürgerlichen Politiker in ihren ausgeprägten Formen zur volilen Blüte entfaltet kennen lernen will, der lege sich nur den Wahlkampf an, der jetzt in England ist. Keine Mittel werden verschmäht, um den sonst verachteten, vernachlässigten und mit Füßen getretenen Demos-Volk zu tönen und zu tönen, die allgemeinen Einfälle werden verworfen, um ihn zu beeinflussen. Gewissenlosigkeit und Unsumme reichen einander die Hände, um seine Stimme zu ergattern. Für kurze Zeit legt die politische Welt Englands die ihr fast angeborene Masse der Scheukräfte ab, man gibt nicht mehr vor, die höchsten Tugenden der Reipellibilität und der politischen Anständigkeit in Kleinpatriotismus genommen zu haben; jetzt kennt man nur ein Ziel und einen Heimsuchung: dem Gegner gegenüber einen Vortritt zu erhaschen.

An diesen demagogischen Orgien nehmen beide großen Parteien, die liberale wie die konervative, ihren redlichen Anteil. Aber es ist doch die konervative Partei, die Partei der Angst und Schrecken, welche mit Bezug auf Originalität, Schlagfertigkeit und Unverkennbarkeit der Leistungen die Palme gebührt. So lebt sich die liberalen Wähler geben, es ihren Rebenduhren auch in dieser Richtung gleichzutun, es will ihnen nicht in vollem Maße gelingen. Allerdings befinden sich die Liberalen diesmal auch schon deshalb im Nachteil, weil sie in die Deienste gebracht sind, während die Konservativen den Angriff führen.

Hier sieht man die Demagogie nicht bloß zur Kunst, sondern zur regelrechten Wissenschaft ausgebildet. Sei es nun in den Kabinettsammlungen „unter eigenem Korrespondenten“ oder in den bunten Notizen der Wahlplakate, hier wird doch die Wahl mit einerseits Gerechtigkeit, mit ernstlicher Menschenkenntnis und noch streng wissenschaftlichen Grundsätzen verfolgt: den Wähler zur Abgabe seiner Stimme für die betreffende Partei zu veranlassen. Das demokratische dabei ist, daß man vielleicht gar keinen Anspruch darauf erhebt, an die Vernunft des Wählers appellieren zu wollen. Mit Argumenten wird nur operiert, ehe der Wahlkampf eigentlich recht begonnen hat. Je höher die Ziekertheit des Komplex steigt, um so mehr verzichtet man darauf, den Wähler mittels Argumenten und Debatten zum Nachdenken zu veranlassen und ihn so zu überzeugen, um so mehr bemüht man sich, beim Wähler gewisse Eindrücke zu erwecken, ohne seine Gehirnaktivität in Bewegung zu bringen. Man sieht weniger darauf, den Wähler von der Richtigkeit irgendwelcher Parteidemanden zu überzeugen, als vielmehr eine allgemeine Stimmung zugunsten der Partei oder der Person des Kandidaten und eine instinktive Abneigung gegen deren bestreitbare Gegner zu erzeugen; an die Stelle der Argumentation tritt die Suggestion. Die englischen Demagogen haben eben die Psychologie des Wählers genau studiert und sie haben erkannt, daß es nicht immer die reizliche Überlegung ist, welche ihn zu politischem Handeln veranlaßt. Die Sozialdemokratie aller Länder hat bisher mit Recht die gewissenlosen Künste der bürgerlichen Demagogen verschmäht. Sie durfte und darf sich getrost auf die Richtigkeit ihrer Forderungen auf die Gewissheit ihres endlichen Sieges und auf die Schärfe ihres Kampfes verlassen. Aber auch sie könnte wenigstens in einer Beziehung von den englischen Demagogen lernen. Es kann für eine politische Partei nur von Vorteil sein, wenn auf Grund wissenschaftlich-psychologischer Untersuchungen Aufschluß darüber gewinnt, wie es in Wirklichkeit in der Seele des Durchschnittswählers der verschiedenen Gesellschaftsschichten zugeht und welches die Elemente sind, die schließlich seine politische Stellungnahme bestimmen. Unbewußt, instinktiv hat die Sozialdemokratie in ihren Rämpfen freilich auch diese Seite nicht verachtet, aber es kann weder unsere Sache, noch der Rauterlett unter Rämpfen haben, wenn wir derselben auf Grund bewußter wissenschaftlicher Erkenntnis Rechnung tragen.

Anders dies nur nebenbei. Gibt man sich's versiebt, wird die Schulzrot geschlagen, der Kompl entschieden sein. Die eine Partei lege sich in Macht und Morden ein und beginnt sich mit ihren Andeutungen vor die stets neu gefüllte Krippe. Der anderen Partei bemüht sich im ersten Augenblick der Niederlage Entschuldigung und Verzögerung, die aber schnell gedämpft wird durch die wohlbegündete Hoffnung, daß nächstemal an die Reihe zu kommen. So lernt man sich eine Weile beschreiben. Der Demos wird aus seiner herrschenden Stellung gerissen und nimmt wieder seine gewohnte Stellung als Führer der Gesellschaft ein. Aber es wird nicht lange dauern, und englische Schmiede werden sich etwas zugute tun auf die Anständigkeit des politischen Parteiwählens in England, auf das hohe Niveau der englischen Presse und gelebte Parlamentarier werden folig delamieren über den guten Ton des englischen Unterhauses.

Die Denkchrift des Reichskolonialamts.

Aus dem allgemeinen Teil der umfassen Denkchrift über die Entwicklung der Schutzgebiete geben wir die nachstehenden Ausführungen wieder:

Die Befriedigung unserer Schutzgebiete hat auch in dem Zeitraum 1908/09 merkliche Fortschritte gemacht. Sie erhebt sich bei der fortigen Verdichtung unserer afrikanischen Besitzungen in einem erfreulichen Rückgang kriegerischer Unternehmungen und in einem netz zunehmenden Anspannung ihrer Arbeitsträger für die wirtschaftliche Entwicklung. Das Arbeitsamt und ein jederliche Aufstellung eingegangener Verpflichtungen bis zu dem Tag, wo die politischen Maßnahmen und Strafzüchtungen notwendig machen, liegt in der Natur des Sachen begründet.